



## Neues aus Düsseldorf

Ausgabe 01/2019

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

in meinem aktuellen Newsletter möchte ich Ihnen und euch über die Debatten und Beschlüsse des Januar und Februar Plenums sowie über aktuelle Meldungen aus dem Kreis Coesfeld berichten.

Es gibt viele gute Gründe, ein stolzer Sozialdemokrat zu sein. Die Idee einer solidarischen Gesellschaft gehört auf jeden Fall dazu. Sie ist die beste politische Idee, die ich kenne. Der Vorschlag von Hubertus Heil für eine solidarische Grundrente ist Ausdruck dieser Idee. Sie zeigt, dass wir Sozialdemokraten die Idee der solidarischen Gesellschaft verinnerlicht und den Mut haben, Gerechtigkeit immer wieder neu zu denken. Darauf bin ich stolz und hoffe nun, dass wir es gemeinsam schaffen den Vorschlag von Hubertus in unsere Gesellschaft zu tragen, um unsere Idee von einer solidarischen Gesellschaft erzählen zu können.

Im Übrigen unterscheidet uns die Idee vor allem von der schwarz-gelben Landesregierung in Nordrhein-Westfalen. Das hat man mehr als deutlich gesehen, als Bauministerin Scharrenbach ihre Zahlen zur sozialen Wohnraumförderung vorgelegt hat. Im Vergleich zu 2016 hat sie den mietpreisgebundenen Wohnungsbau um fast 34% runtergefahren. Kein Wunder, dass sich gegen diese Politik in NRW längst ein breites Aktionsbündnis aus Deutschem Mieterbund, Wohlfahrts- und Sozialverbänden sowie Deutschem Gewerkschaftsbund gegründet hat. „Wir wollen wohnen“ lautet der Name des Aktionsbündnisses – Ihr und Sie können es bei seiner [Petition für den Erhalt des Mieterschutzes und mehr bezahlbarem Wohnraum](#) unterstützen.

Offenbar hat es diese Landesregierung generell nicht so mit den Errungenschaften unserer demokratischen und solidarischen Gesellschaft. Sie hat es nicht nur auf die Stichwahlen – und im Übrigen auch auf den Mieterschutz – abgesehen. Nein, jetzt will sie am liebsten auch noch das Arbeitszeitgesetz aufweichen. Letzen Freitag hat sie dazu im Bundesrat eine entsprechende Initiative gestartet. Ihr Ziel: die Abschaffung der täglichen Höchstarbeitszeit. Das bestehende Arbeitszeitgesetz schützt die Gesundheit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, indem es die Höchstgrenzen für die tägliche Arbeitszeit und die Mindestdauer von Ruhezeiten und Pausen regelt. Diesen Schutz will die Landesregierung nun abschaffen. Auch hier werden wir Sozialdemokraten uns entschieden wehren.

Viel Spaß beim Lesen des Newsletters und allen Karnevalisten wünsche ich ab nächster Woche viel Freude und Vergnügen!

André Stinka MdL

## EIN STÜCK HEIMAT: KLEINGARTENWESEN IN NRW



Heute gibt es 118.000 Kleingärten und 1.600 Kleingartenanlagen in Nordrhein-Westfalen. Es geht vielen dabei nicht mehr ausschließlich um schöne Gärten und Gartenzwerge und auch die Klischees vom Kleingärtner-Kleingeist oder Spießbürger-Oasen sind längst vom Tisch. Umweltbewusstsein, Biodiversität und Integration sind vielmehr aktuell.

Kleingärten stellen zudem eine wichtige kostengünstige und wohnungsnahe Erholungsmöglichkeit dar. Diese Form der gesellschaftlichen Teilhabe ermöglicht und fördert nicht nur soziale Kontakte. Sie erfüllen in unseren Städten und Gemeinden eine prägende soziale, ökologische und auch stadtgestalterische Funktion. Daher fordern wir in unserem Antrag Kleingärten als Teil des öffentlichen Grüns planerisch sowie als bedeutsame Quartiersentwicklung zu sichern und zu fördern. Dazu gehört es auch, dass bei der Neuplanung von Wohngebieten Kleingärten als unverzichtbarer Bestandteil der Quartiere berücksichtigt werden.

Meine Rede zu unserem Antrag kann man sich [hier](#) anschauen.

[Drucksache 17/4808](#)

## LEHRERMANGEL AN SCHULEN DARF NICHT DOPPELT BESTRAFT WERDEN!

Ein trauriges Eingeständnis: Schulministerin Gebauer musste erst kürzlich zugeben, dass an unseren Grundschulen jede dritte Lehrerstelle unbesetzt ist. Dies führt nicht nur zu Unterrichtsausfall, zur Verschlechterung der Unterrichtsqualität, sondern auch zu erheblichen Belastungen der Lehrkräfte und zu verschlechterten Bildungschancen der Kinder. Besonders wichtig ist nun aber, dass die rund 226 Millionen Euro, die nicht verausgabt wurden, die aber für aktive Lehrkräfte an Schulen zur Verfügung standen, nicht für die betroffenen Schulen unter den Tisch fallen. Bislang sind sie als Minderausgaben im allgemeinen Haushalt verbucht worden. Wir erwarten aber von der Landesregierung, dass diese Personalmittel, die den Schulen zustehen, vollständig zur Unterstützung für Bildungszwecke in Form von außerschulischem Personal und Unterrichtsmitteln vor Ort genutzt werden können!

[Drucksache 17/5063](#)

## FINGER WEG VOM ARBEITSZEITGESETZ! STATTDESSEN: WEG FREI FÜR DIE GRUNDRENTE!

Grob fahrlässig ist das, was die Landesregierung am vergangenen Freitag als Initiative in den Bundesrat eingebracht hat. Ihr Ziel: die Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes. Sie will die Vorgaben für eine tägliche Höchst Arbeitszeit abschaffen, Mitbestimmung und Zeitsouveränität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wären dann Fremdwörter. Das wollen wir nicht zulassen. Das Arbeitszeitgesetz muss bleiben. Und die Grundrente muss kommen! Denn Lebensleistung verdient Respekt. Wer ein Leben lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, muss im Alter mehr haben als die Grundsicherung. Das von Bundessozialminister Hubertus Heil (SPD) vorgelegte Konzept leistet einen großen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, sich mit all ihren Möglichkeiten auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass ein entsprechender Gesetzentwurf zur Einführung der Grundrente bis zur Sommerpause vorgelegt wird.

## ERFOLGSFAKTOR FAMILIENFREUNDLICHE STARTUP-SZENE



Viele Gründungspläne werden verworfen, weil die Vereinbarung von Familie und Gründung nur schwer umzusetzen ist. Besonders für Mütter ist diese Belastung ein häufiges Argument, kein Startup ins Leben zu rufen. Für Nordrhein-Westfalen als Gründerland liegt hier viel Potenzial brach. Wir fordern mit unserem Antrag die Landesregierung auf, dem ohnehin viel zu geringen Anteil von Frauen im Startup-Bereich durch entsprechende Förderungen entgegenzuwirken. Ein wichtiges

Instrument zur Entlastung ist die Bezuschussung haushaltsnaher Dienstleistungen, wie Reinigungs- und Versorgungsaufgaben, aber auch flexible und adäquate Betreuungsangebote für Kinder. Außerdem sollen strukturelle Beratungsangebote geschaffen und ausgebaut werden.

[Drucksache 17/4806](#)

## AZUBI-TICKET: STUDIERENDE UND AZUBIS GLEICH BEHANDELN



Nach aktuellen Meldungen haben sich das NRW-Verkehrsministerium und die Verkehrsverbände in Nordrhein Westfalen darauf verständigt, landesweit ein Azubi-Ticket zum 1. August 2019 einführen zu wollen.

Diese Entscheidung kann ich grundsätzlich als Sozialdemokrat nur gut finden, denn ein flächendeckendes Azubi-Ticket für NRW war und ist für uns ein wichtiges verkehrs-, bildungs- und sozialpolitisches Projekt. Deshalb stand es auch in unserem Wahlprogramm 2017. CDU und FDP haben dieses Vorhaben allerdings nun zwei Jahre blockiert. Und das, was sie jetzt vorlegen, ist eine Mogelpackung.

Ein Ticket für 80 Euro pro Monat ist für Auszubildende – bei häufig knapper Vergütung - kein attraktiver Preis, und schon jetzt zahlen viele eher weniger. Damit steht der Erfolg des Azubi-Tickets in Frage. Und das obwohl viele Auszubildende auf Bus und Bahn angewiesen sind, um den Ausbildungsbetrieb oder die Berufsschule zu erreichen. Die Möglichkeit diese Strecken mit einem Auto zurücklegen zu können, dürfen kein Kriterium sein, wenn man einen Ausbildungsplatz sucht. Das gilt besonders für junge Menschen aus dem ländlichen Raum wie dem Kreis Coesfeld.

## STAUBILANZ: STAU IN NRW WEITER ANGESTIEGEN

Im Landtags-Wahlkampf war eine der zentralen Forderungen der CDU, Nordrhein-Westfalen staufrei zu machen. Nun veröffentlichte der Allgemeine Deutsche Automobil-Club (ADAC) die neue Staubilanz für das vergangene Jahr: Demnach gab es im vergangenen Jahr 486.000 Kilometer Stau in NRW. Das ist ein Anstieg von 6,4 Prozent zum Vorjahr, in dem es noch knapp 455.000 Kilometer Stau gab. Und wie reagiert die CDU auf diese Werte? Sie zweifeln die Statistik an, die sie selbst im Wahlkampf genutzt haben. Nach eigenen Erhebungen der Landesregierung läge die Zunahme nur bei 4 Prozent – Grund dafür: Die Landesregierung hat in der Zwischenzeit die Erhebungsmethode gewechselt.



Wir haben zu diesem Thema eine Aktuelle Stunde im Januar-Plenum beantragt, um darauf aufmerksam zu machen, dass wir diese Trickserie der CDU nicht durchgehen lassen. Statt leerer Versprechungen müssen endlich Taten folgen. Verkehrsminister Hendrik Wüst erklärte in der Aktuelle Stunde, eine Debatte über Statistiken sei ihm „ziemlich wurscht“ und räumte ein, dass die Lage auf den Straßen nicht zufriedenstellend sei. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten aber zurecht keine leeren Floskeln von CDU und FDP, sondern Lösungen. Denn nur so lassen sich die Staus in NRW wirklich bekämpfen.

[Drucksache 17/4885](#)

## WIR KÄMPFEN FÜR DEN ERHALT DER STICHWAHL

Das hatte sich Armin Laschet sicher einfacher vorgestellt. Mal eben durch die Hintertür die Stichwahlen abschaffen, nur um der CDU bei den Kommunalwahlen 2020 mehr Macht in unseren Rathäusern zu sichern. Aber so leicht geben wir die Demokratie in NRW nicht her. Das haben dem Ministerpräsidenten jetzt auch über 50 Bürgermeister und Landräte in einem offenen Protestbrief zu verstehen gegeben. „Die Pläne zur Abschaffung der Stichwahl in NRW bergen [...] eine große Gefahr für die Demokratie in unserem Land“, heißt es darin. Deutlicher kann man es nicht ausdrücken. Und als wäre das nicht schon Gegenwind genug für Armin Laschet, haben renommierte Verfassungsrechtler ihm noch zusätzlich bescheinigt, mit der Abschaffung der Stichwahl sogar einen Verfassungsbruch zu riskieren. Sollte er seine Pläne trotzdem durchziehen, wird der Verfassungsgerichtshof das Gesetz wohl überprüfen müssen. Wenn Ihr auch gegen die Abschaffung der Stichwahl seid, könnt Ihr [hier die Initiative von „Mehr Demokratie“ unterstützen](#).

## ZWEI-KLASSEN-SYSTEM-VORSCHLAG STÖßT AUF HEFTIGE KRITIK

Immer noch ist das Thema Straßenausbaubeiträge nicht gelöst. Die Forderung von CDU und FDP, den Kommunen die Beitragserhebung freizustellen und selbständig zu regeln, stößt auf heftige Kritik. Auch wir haben deutlich gemacht, dass durch das schwarz-gelbe Modell ein Zwei-Klassen-System entsteht, in welchem reiche Städte ohne Erhebung sanieren und finanzschwache Städte entweder nicht mehr bauen oder die Bevölkerung weiterhin zur Kasse bitten.



Nachdem Verkehrsminister Hendrik Wüst (CDU) im September 2018 öffentlich gefordert hat, dass die Straßenausbaubeiträge bei Kompensation für die Kommunen durch das Land abgeschafft werden sollten, haben viele Stadt- und Gemeinderäte beschlossen, zunächst auf neue Straßenbaumaßnahmen zu verzichten. Das bedeutet einen faktischen Investitionsstopp. Die Landesregierung sorgt damit für starke Verunsicherung bei den Kommunen.

Der Druck auf CDU und FDP wächst auch aus der Bevölkerung: Es gibt zahlreiche Petitionen, und die vom Bund der Steuerzahler gestartete Volksinitiative hat bereits über 300.000 Unterzeichner (Stand 06.02.19). Und auch in den eigenen Reihen von CDU und FDP herrscht Unmut: Viele kommunale Fraktionen fordern ebenfalls die Abschaffung.

Für uns Sozialdemokraten steht fest: Schwarz-gelb sorgt für reichlich Unsicherheit in der Kommunalpolitik. Unser Modell, die Beiträge komplett abzuschaffen und vom Land übernehmen zu lassen, ist und bleibt das bürgerfreundlichste.

Hier der Link zur [Kompakt-Info](#) der SPD-Landtagsfraktion.

[Drucksache 17/4115](#)

## KITA-BEITRAGSFREIHEIT LÄNGST ÜBERFÄLLIG UND HALBHERZIG

Die Landesregierung hat ein neues Finanzierungspaket verabschiedet, um ab 2020/21 ein zweites kostenloses Kita-Jahr einzuführen. FDP-Familienminister Stamp hält den 1,3 Mrd. Euro schweren „Pakt für Kinder und Familien in Nordrhein-Westfalen“ für eine große Entlastung für die Familien. Dem können wir als Sozialdemokraten grundsätzlich nur zustimmen und begrüßen es, dass sich Minister Stamp zu diesem Schritt durchgerungen hat. Denn wir haben im Landtag schon lange Druck auf die Landesregierung ausgeübt, um diesen Schritt endlich zu erreichen. Dabei hilft Minister Stamp auch das von Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey (SPD) durchgesetzte Gute-Kita-Gesetz auf Bundesebene: insgesamt kommen 430 Mio. Euro vom Bund, zudem tragen 395 Mio. Euro die Kommunen selbst – sodass letztlich nur 38 % aus Landesmitteln finanziert wird.



## 10 JAHRE UN-BEHINDERTENRECHTSKONVENTION –

### SCHWARZ-GELB MUSS BEI DER INKLUSION ENDLICH DIE HAUSAUFGABEN MACHEN!



Ende Januar hat das Deutsche Institut für Menschenrechte eine Studie zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in NRW bezüglich der Bereiche Wohnen, Mobilität, Bildung und Arbeit veröffentlicht. Viele Maßnahmen aus der letzten Legislaturperiode wurden besonders gewürdigt. Allerdings wurde auch gemahnt, dass die schwarz-gelbe Landeregierung sich nicht auf den guten Vorarbeiten ausruhen darf und zum Beispiel die Quote für rollstuhlgerechten Wohnungsbau bei der Landesbauordnung aufhebt. Es fehlt an geeignetem Wohnraum, an inklusiven Schul-, Ausbildungs- und Arbeitsplatzangeboten und

nach wie vor werden Menschen mit Behinderungen in NRW im Alltag in ihrer Mobilität eingeschränkt durch fehlende Maßnahmen und Hilfsmittel. Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung dazu auf, sich zu einer inklusiven Gesellschaft in NRW zu bekennen und die Voraussetzungen für die Umsetzung der Forderung aus der UN-BRK umzusetzen! Dazu gehört es auch, den Aktionsplan „Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv“ weiterzuentwickeln.

[Drucksache 17/5061](#)

## DATENSICHERHEIT FÜR ALLE BÜRGERINNEN UND BÜRGER IN NRW

Daten- und Identitätsdiebstahl sind leider bekannte Phänomene – die nicht erst seit dem sog. Hackerangriff („Doxing“) auf Politiker, Journalisten und Prominente ins Zentrum der gesellschaftlichen Debatte gehören. IT-Sicherheit muss gewährleistet sein, damit alle Bürgerinnen und Bürger uneingeschränkt in der digitalen Welt agieren können. Dies erfordert aber auch die Sensibilisierung im Umgang mit persönlichen Daten. Dazu müssen sowohl Angebote zur digitalen Aufklärung ausgebaut als auch bestehende Datenschutzregeln konsequent angewendet werden. Zudem fordern wir mit unserem Antrag eine bessere Kooperation zwischen der Landesregierung und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI).



[Drucksache 17/4809](#)

## IM KREIS COESFELD HABEN NUR ACHT KITAS NACH 17 UHR GEÖFFNET

Die SPD-Landtagsfraktion wollte von der schwarz-gelben Landesregierung einen Überblick über die Öffnungszeiten der Kitas im Land und hat dazu eine Kleine Anfrage gestellt. Die Antwort liegt nun vor:

Das Ergebnis ist erschütternd: Landesweit haben nur 4 Prozent der Kitas noch nach 17 Uhr geöffnet. Das ist vor allem für Alleinerziehende und Familien, in denen beide Eltern berufstätig sind, ein großes Problem. Im gesamten Kreis Coesfeld haben 8 von 124 Einrichtungen Öffnungszeiten nach 17 Uhr. Wir wollen, dass für alle Eltern in Nordrhein-Westfalen eine Kita mit Öffnungszeiten von 7 Uhr bis 18 Uhr wohnortnah zu erreichen ist.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat angekündigt, 100 Millionen Euro für die Ausweitung der Öffnungszeiten bereitzustellen. Das Geld kommt zu 80 Prozent von Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey (SPD) und zu 20 Prozent von den Kommunen. Eigene Mittel stellt die schwarz-gelbe Landesregierung nicht zur Verfügung, um das Problem anzugehen. Das ist ein schweres Versäumnis, auf das wir frühzeitig hingewiesen haben.

Gleichzeitig wollen wir dafür sorgen, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Wohl und den Belangen von Kindern auf der einen und den Zeitansprüchen der Eltern aufgrund ihrer Berufstätigkeit auf der anderen Seite gewährleistet wird. Dabei gilt für uns das Prinzip ‚9 Stunden am Tag sind genug‘.

Die Anzahl der jährlichen Schließtage soll ohne Samstage, Sonn- und Feiertage zwanzig Tage im Jahr nicht überschreiten. Doch mehr als zwei Drittel der Kitas in NRW nutzen die gesetzlichen Spielräume und schließen länger. Dies ist für viele Eltern, insbesondere für Alleinerziehende ein Problem. Im Sinne der Eltern muss das Land die Kitas stärker unterstützen. Die bisherigen Pläne zementieren allerdings den Status Quo mit starren Buchungszeiten und ohne nachhaltige Finanzreform für zusätzliches Personal.

Die Antwort auf die Kleine Anfrage ist [hier](#) abrufbar.

## LUKAS SYDOW BERICHTET ÜBER GEPLANTEN FREIWILLIGENDIENST



Mit dem Nottulner Lukas Sydow habe ich über seinen geplanten Freiwilligendienst gesprochen, den er nach seinem Abitur in diesem Sommer ein Jahr lang über den „Weltwärts“-Freiwilligendienst in einem Altenheim in Peru absolvieren möchte – dabei wolle er mal aus der Komfortzone raus, in der er sich hier in Deutschland befinde, um neue Kulturen zu erleben und dabei etwas Gutes zu tun.

Sein Engagement sollte meines Erachtens Vorbild für viele in seinem Alter sein. Für mich ist es wichtig, dass junge Menschen lernen Position zu beziehen und sich am politischen Geschehen beteiligen. Demos wie ‚Fridays for Future‘ zeigen, dass auch die Jugend politisiert ist und zu Wort kommen möchte. Das ist auch richtig so. Man darf nur nicht vergessen, dass viele der Jugendlichen schulpflichtig sind und dass es nicht in Ordnung ist, wenn man unentschuldig der Schule fernbleibt. Egal wie sehr ein Thema unterstützenswert ist.

Das Engagement von Lukas unterstütze ich jedenfalls gerne. Denn in Zeiten der Globalisierung brauchen wir Menschen wie ihn, die als Botschafter für unterschiedliche Kulturen stehen und uns die Lebenssituation der Menschen in anderen Teilen der Welt näher bringen können. Gerade politisches und soziales Engagement junger Menschen muss noch stärker gefördert werden.